

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 78. Ratssitzung vom 11. Dezember 2019

2008. 2019/386

Weisung vom 18.09.2019:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2020–2023

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2019/386 und 2019/388.
Für GR Nr. 2019/388 siehe Protokoll der 79. Sitzung vom 11. Dezember 2019,
Beschluss-Nr. 2020/2019.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Raphaël Tschanz (FDP): Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) hat die Budgetvorlage 2020 des Stadtrats geprüft. Aufgrund des Revisionsberichts Nr. 116/2019 der Finanzkontrolle vom 6. November 2019 stellte sie fest, dass die Rechnung rechnerisch und formell den Anforderungen entspricht. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwand von rund 9 Milliarden Franken vor. Es resultiert ein kleiner Ertragsüberschuss von 35,2 Millionen Franken inklusive dem Novemberbrief. Das Eigenkapital soll gemäss dem Budget Ende 2020 rund 1,5 Milliarden Franken betragen. Im Hinblick auf die kommenden Planjahre geht der Stadtrat von einer weiterwachsenden Stadt mit einem entsprechenden Investitionsbedarf aus. In den Jahren 2021 bis 2023 rechnet der Stadtrat mit einem Defizit von bis zu 132 Millionen Franken. Damit würde das Eigenkapital auf rund 1,2 Milliarden Franken zurückgehen. Die Auswirkungen der Steuervorlage 17 sind hierbei bereits berücksichtigt. Aufgrund der hohen Investitionen und eines tiefen Selbstfinanzierungsgrads vergrössern sich die langfristigen Schulden der Stadt. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt gemäss dem Finanz- und Aufgabenplan (FAP) auf 42 Prozent im Jahr 2023. Entsprechend steigen die Schulden von 8,6 Milliarden im Jahr 2020 auf 11,1 Milliarden Franken im Jahr 2023 stark an. Die jährlich wachsenden Ausgaben der Stadt Zürich werden in erster Linie mit dem Wachstum der Stadtbevölkerung begründet. In den Jahren 2008 bis 2018 nahm die Bevölkerung von 380 499 auf 428 737 Personen zu; das sind 12,7 Prozent. Gründe dafür sind eine Zunahme der schulpflichtigen Kinder sowie die demographische Entwicklung und die Zuwanderung. Damit geht ein wachsender Investitionsbedarf einher. Eine moderne Stadtverwaltung wie diejenige der Stadt Zürich, die über eine erstklassige Infrastruktur, hochqualifizierte Mitarbeitende sowie gesunde Finanzen und entsprechenden Spielraum für Investitionen verfügt, bietet das Potenzial für Skaleneffekte. Laufende Investitionen in hochmoderne, digitale Verwaltungsinstrumente mindern den Aufwand der Verwaltung

und schaffen die Möglichkeit für effiziente Abläufe. Dazu kommt, dass durch das steigende Angebot an elektronischen Dienstleistungen die Bevölkerung selbst Aufgaben übernimmt, die zuvor von städtischen Angestellten in Handarbeit bewältigt werden mussten. Ein Beispiel dafür ist die elektronische Steuererklärung. Die laufende Modernisierung der städtischen Administration bietet Skaleneffekte, die sich zumindest in Teilbereichen der Verwaltung durch stagnierende oder sogar sinkende Ausgaben auswirken sollten. Tatsache ist, dass in den Jahren 2008 bis 2018 die Ausgaben im Verhältnis zur Bevölkerungszahl überdurchschnittlich gestiegen sind. Der Stadtrat weist in seiner Antwort zu einer diesbezüglichen Frage der RPK darauf hin, dass das Finanzdepartement keine flächendeckende Untersuchung zu Skaleneffekten durchführt. Die Frage, ob die Kosten überproportional zur Bevölkerung gestiegen sind, konnte der Stadtrat im Rahmen der RPK-Rückfragen deshalb nicht beantworten. Nach Ansicht der RPK sollte der Stadtrat versuchen, seine mittel- und langfristige Planung zukünftig vermehrt auch hinsichtlich möglicher Skaleneffekte zu hinterfragen. Mit dem Budget 2020 inklusive dem Novemberbrief möchte der Stadtrat über 500 neue Stellen schaffen. Damit steigt die Zahl der Vollzeitstellen auf 22 429 an. Das entspricht 28 000 Angestellten. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung die Zurückhaltung der vergangenen Jahre vollständig abgelegt hat. Diese Entwicklung erachtet die RPK im Gegensatz zum Stadtrat als nicht unproblematisch. Ebenfalls kritisch zu beurteilen ist die Tendenz der Verwaltung, die Übernahme von neuen Aufgaben zum Anlass zu nehmen, neue Abteilungen zu schaffen, wie dies beispielsweise beim Umwelt- und Gesundheitsschutz im Zusammenhang mit der neuen Klimastrategie der Stadt zu beobachten ist. Das entspricht nicht der Absicht des Gemeinderats. Falls aus Sicht des Stadtrats die Notwendigkeit einer Stellenschaffung gegeben ist, sollte diese gegenüber dem Gemeinderat detaillierter als in der vorliegenden Übersicht der Planstellenschaffungen begründet werden. Der für das Jahr 2020 grosszügig budgetierte Personalausbau ist auch im Kontext der Verwaltungsreform, die vom Gemeinderat einstimmig gewünscht und gefordert wurde, kritisch zu beurteilen. Wir befinden uns in der Mitte der Legislaturperiode und der Stadtrat konnte bisher nicht aufzeigen, wie er diese Verwaltungsreform angehen will. Die RPK zweifelt darum daran, ob die Verwaltungsreform überhaupt aufgegleist ist und sie vom Stadtrat seriös vorangetrieben wird. Es ist vielmehr zu befürchten, dass sie bis Ende der laufenden Legislatur nicht umgesetzt sein wird. Wie die RPK bereits in ihrem Bericht zum letztjährigen Budget festgehalten hat, unterstützt sie den vom Stadtrat auf die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen gelegten Schwerpunkt. Aufgrund der Antworten auf die Rückfragen werden Investitionen in Digitalisierungsprojekte nicht nach einheitlichen Kriterien begründet. Namentlich wird die Wirtschaftlichkeit solcher Projekte nicht systematisch beurteilt. In seiner Antwort schreibt der Stadtrat, dass eine konsolidierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu allen geplanten und budgetierten Digitalisierungsvorhaben und den zugrundeliegenden Investitionen nicht vorliegt. Nach Ansicht der RPK wäre es zu wünschen, wenn Investitionen in Digitalisierungsprojekte zukünftig vermehrt auch nach betriebswirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden. So sollten bei Investitionen die damit beabsichtigten Nutzeneffekte annähernd beziffert werden können. Auch sollte die Verwaltung aufzeigen, welche Folgekosten durch einzelne Digitalisierungsprojekte entstehen und über welchen Zeitraum die getätigten Investitionen wieder eingespielt beziehungsweise amortisiert werden sollen, wie das in der Privatwirtschaft üblich ist. Im Zusammenhang mit IT-Projekten hatte die RPK bereits letztes Jahr eine

fehlende Übersicht und eine ungenügende Koordination zwischen den Dienstabteilungen und der Dienstabteilung Organisation und Informatik (OIZ) bei der Beschaffung von Hard- und Software festgestellt. Sie forderte den Stadtrat auf, die verwaltungsinterne Abstimmung in dieser Hinsicht zu verbessern. Die RPK stellt auch heute fest, dass der OIZ die Gesamtübersicht über die Bestellungen der Dienstabteilungen im IT-Bereich fehlt. Ebenso fehlt die strategische Steuerung der IT-Projekte auf gesamstädtischer Ebene. Eine Priorisierung und Etappierung der Projekte, und damit die Gesamtsteuerung der eingesetzten Ressourcen, ist nicht erkennbar. Bei IT-Projekten wird die OIZ nur dann einbezogen, wenn Dienstabteilungen dafür Beträge auf das entsprechende OIZ-Konto einstellen. Über weitere Projekte fehlt eine Gesamtsicht. Ebenso erfolgt die Abstimmung zwischen der OIZ und den IT-Verantwortlichen einzelner Dienstabteilungen nicht systematisch. Um Doppelspurigkeiten und parallele Strukturen zu vermeiden, sollte der Stadtrat nach Ansicht der RPK dafür sorgen, dass die Abstimmung zwischen einer Dienstabteilung und der OIZ bei IT-Projekten nach klaren Vorgaben erfolgt. In Bezug auf die beiden Stadtspitäler Waid und Triemli stellt die RPK fest, dass seitens des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) und der Spitalleitung viel unternommen wurde, um die Spitäler neu auszurichten und auf ein solideres Fundament zu stellen. Zu den erfolgten Massnahmen zählen die Bildung einer gemeinsamen Spitalleitung, die Einführung einer neuen Organisationsstruktur und die Umsetzung einer neuen Angebotsstrategie. Im Zuge der Restrukturierung konnte die Finanzlage der Spitäler verbessert werden. Die Mehrheit der RPK stimmt dem Budget wie auch den Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2020 zu, eine Minderheit lehnt beide Budgets ab. Den Anträgen des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem und auf Festlegung des Steuerfusses auf 119 Prozent stimmt eine Mehrheit zu. Eine Minderheit beantragt eine Senkung des Steuerfusses auf 113 Prozent. Eine andere Minderheit beantragt, den Steuerfuss auf 116 Prozent zu senken.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2009/2019–2014/2019)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Zürich ist eine Stadt, die grundsätzlich gut unterwegs ist. Das zeigen immer wieder die Spitzenplätze der Stadt in den verschiedenen Ratings. Das jüngste Beispiel ist das neue Rating des «Prosperity & Inclusion City Seal and Awards»-Index (PICSA), bei dem nicht nur das Wirtschaftswachstum, die Ansprüche von Expats oder andere einzelne Faktoren gemessen werden. Bewertet wurde auch, wie gut der Anteil der unterschiedlichen Bevölkerungsschichten am Wohlstand insgesamt ist. Erfasst wurden also auch Aspekte wie der Zugang zur Bildung und zur Gesundheitsvorsorge sowie die Erschwinglichkeit von Wohnraum. Untersucht wurden 113 Städte. Zürich schloss fast überall hervorragend ab, was nicht überrascht, da die Stadt auf dem ersten Rang endete. Insbesondere freute mich, dass Zürich laut dieser Wertung integrative wirtschaftliche Strukturen für ihre Bürgerinnen und Bürger schafft. Das heisst, dass die Stadt allen eine relativ grosse Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben ermöglicht. Der Bezug zum Budget ist für mich evident. Es deckt sehr viele Lebensbereiche ab und stellt sicher, dass alle, die in Zürich leben, arbeiten oder die Stadt besuchen, hier*

gute Leistungen finden. Investitionen dafür sind wichtig; wir wollen sie sicherstellen, damit Zürich auch für kommende Generationen – auch als Wirtschaftsstandort– lebenswert bleibt. Steuereinnahmen sprudeln nicht von sich aus. Sie sind Ergebnisse von Investitionen und guten Dienstleistungen. Investitionen müssen finanziert werden können und wir müssen uns bemühen, sie zu sichern. Bewusst fördern wir auch viele benachteiligte Bevölkerungsgruppen beispielsweise in den Bereichen Bildung, Betreuung und soziale Unterstützung. Es geht um das Budget einer in jeder Hinsicht attraktiven Kernstadt, die wegen ihrer vielfältigen Attraktivität wächst. Das Budget ist auch ein Ausdruck einer seriösen Arbeit, die von allen involvierten Personen, Dienstabteilungen und Departementen sowie vom Stadtrat geleistet wurde. Eine Bestätigung dafür ist auch das Finanzrating der Agentur Standard & Poor's, die der Stadt Zürich die Note AA+ verlieh. Gefreut hat mich das, weil die Agentur festhält, dass das Finanzmanagement sowie die Haushaltsführung und -steuerung auch durch den Stadtrat hervorragend sind. Die Bestnoten zeigen auch, dass hinter dem Budget ein aufwendiger Prozess steckt. Das Rating wird jedoch nicht die Finanzpolitik der nächsten Jahre steuern. Der Stadtrat wird Massnahmen ergreifen, wenn sie notwendig sind, auch wenn diese im Rating als Negativpunkte zählen. Das Budget sieht einen Überschuss von 35 Millionen und Nettoinvestitionen von 1,1 Milliarden Franken vor. Mit dem Budget bestätigt der Stadtrat einmal mehr, dass er eine langfristig ausgeglichene Finanzpolitik betreibt. Ich kann alle, die die FAP-Zahlen heute als in den Stein gemeisselt interpretierten, beruhigen: Wir werden versuchen, das Notwendige zu unternehmen, damit die FAP-Zahlen besser werden und in der Rechnung und im Budget deutlich besser dastehen werden. Im letzten Jahr konnten wir beweisen, dass uns das gelingt. Wir wollen ein angemessenes Eigenkapital sichern und wir wollen nach wie vor nachhaltige und sinnvolle Investitionen tätigen können. Somit soll möglichst wenig Neuverschuldung entstehen. Das fördert schliesslich eine konstante und berechenbare Steuerpolitik. Wir versuchen also möglichst kontinuierlich unterwegs zu sein. Nach wie vor haben wir ein wachsendes Eigenkapital. Wenn von der Notwendigkeit einer Trendwende gesprochen wird, muss ich dem entgegen, dass wir zum zweiten Mal ein positives Budget vorbringen und dass die FAP-Zahlen immer besser werden. Wir wollen die langfristige Finanzverbindlichkeit senken. Es gelang uns, die langfristigen Schulden zu senken – um bald 1,5 Milliarden Franken. Die Stellenfrage muss differenziert betrachtet werden. Es ist klar, dass die RPK und das Parlament das kritisieren. Sie selbst sind jedoch Teil des Systems und sie geben immer wieder Bestellungen auf. Ich bin froh, dass das Gros des Wachstums generell unbestritten ist. Wir sind uns alle einig, dass die Schulkinder auf Schulung und Betreuung angewiesen sind. Der Stadtrat betrachtet die Zahlen regelmässig. Im Vorfeld sah ich diverse Zahlenvergleiche. Seit vielen Jahren schauen wir stets auf die letzten acht Jahre. Die Bevölkerung nahm in den letzten acht Jahren um zehn Prozent zu, die Zahl der Sollstellen um acht, der Personalaufwand um sieben Prozent. In den letzten acht Jahren können wir darum kein überdurchschnittliches Wachstum erkennen. An vielen Orten ist es möglich, die Stellenanzahl konstant zu halten oder sogar abzubauen. Vieles, was die Digitalisierung ermöglicht, wird kompensiert und auch überkompensiert. Es gibt neue gesetzliche Bestimmungen und höhere Erwartungen an Zahlen. Die RPK ist davon nicht ausgenommen. So verlangt sie einen detaillierteren FAP und eine möglichst systematische Überprüfung aller Skaleneffekte. Gleichzeitig wollte sie uns letztens Stabstellen kürzen. Es ist ein schwacher Trost, wenn die Sekretärin der RPK immer mehr Aufwand hat und dann

sagt, die Stellen in der Stadtverwaltung würden erhöht. Ich kann mich nicht erinnern, im RPK-Protokoll eine grosse Diskussion darüber gelesen zu haben, dass allenfalls auch der Aufwand angepasst werden könnte. Im laufenden Jahr rechnet der Stadtrat wieder mit einem positiven Ergebnis. Das hilft uns, das Eigenkapital stabil zu halten und leicht zu steigern. Das ist für uns ein Puffer, um mit genügend Vorlauf Massnahmen ergreifen zu können, wenn es notwendig ist.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum Budget und FAP und Änderungsantrag FAP

Felix Moser (Grüne): Das Budget der Stadt Zürich ist zum zweiten Mal in Folge positiv. Der Ertragsüberschuss ist nicht selbstverständlich, da es viele neue Aufgaben gibt: Klimawandel, Digitalisierung, Bevölkerungswachstum, die konkreten Auswirkungen im Schulbereich, aber auch viele Aufgaben, die vom Gemeinderat in den letzten Jahren verlangt wurden. Auch bedeutet die Verwaltungsreform zusätzliche Arbeit, auch wenn davon noch nicht viel zu spüren ist. Dass es Zürich trotzdem gut geht und dass ein positives Budget möglich ist, hat verschiedene Gründe. Die Wirtschaft boomt; ihr geht es gut, weil es in Zürich gute Bedingungen für Firmen und für die Mitarbeitenden gibt. Das Schulwesen gehört dazu sowie die guten Bildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Für Familien sind gute Betreuungsmöglichkeiten vorhanden; das Kulturangebot ist breit und vielfältig; es bestehen gute Verkehrsmöglichkeiten. Ein weiterer Pluspunkt ist die nahe Natur mit den vielen Freizeitmöglichkeiten. Angemessene Steuern und eine verlässliche Steuerpolitik gehören ebenso dazu. Bei vielen Anträgen geht es um Stellen – es sind zu wenig, zu viel oder sie sind am falschen Ort. Tatsächlich geht es jedoch nicht um die Stellen, sondern darum, welche Aufgaben die Stadt und die Stadtverwaltung für ihre Bewohnerinnen und Bewohner erbringen soll. Das ist eine wichtige, zentrale Frage. Ich schätze es, dass sich die RPK und die Parteien bei ihren Anträgen vermehrt darauf konzentrieren und weniger auf Detailkürzungen wie in den früheren Jahren. Über die Steuerung der Stellen können wir langfristig mehr Einfluss ausüben, als bei kleinen Budgetkorrekturen. Der Stadtrat schafft die wenigsten Stellen von sich aus. In der Regel basieren sie auf Aufträgen des Gemeinderats, teilweise auch auf solchen des Kantons oder Bundes. Zwischen den Fraktionen herrscht keine Einigkeit darüber, wie ein neues Thema angegangen werden soll. Das gilt für den Klimawandel, aber auch für die Digitalisierung und die Smart City. Ungeachtet der Differenzen steht die Mehrheit der RPK hinter dem Budget des Stadtrats. Die langfristigen Prognosen sind im FAP abgebildet. Die RPK nimmt zur Kenntnis, dass die Wiederholung von schwarzen Zahlen im Budget in den nächsten Jahren keine einfache Aufgabe sein wird, weil der FAP relativ negativ aussieht. Die Beurteilungen der einzelnen Punkte werden durch die verschiedenen Fraktionen durchgenommen. Die RPK wünscht sich einen aussagekräftigeren Finanz- und Aufgabenplan. So sind Darstellungen der einzelnen Departemente im FAP von sehr unterschiedlichem Detaillierungsgrad. Es scheint beinahe so, als ob der Stadtrat die Wünsche der einzelnen Departemente sammelt. Einen wirklichen Gesamtüberblick beinhaltet der FAP nicht. Spannend wäre beispielsweise ein Ausblick, was in den nächsten Jahren mit departementsübergreifenden Themen geplant ist, etwa mit dem Klimawandel oder der Digitalisierung. Welche Kosten kommen auf uns zu? Gibt es Einsparungen durch digitale Prozesse? Solche Fragen interessieren uns; im FAP findet sich darüber

jedoch wenig Aufschlussreiches. Ein kleiner Überblick über die wichtigsten Schwerpunkte der nächsten Jahre würde dem FAP gut anstehen. Das sind jedoch formelle und inhaltliche Anregungen und Bemerkungen darüber, wie sich die Aussagekraft des FAP verbessern liesse. Es ist keine inhaltliche Beurteilung, welche Schwerpunkte wichtig sind. Inhaltlich wird die Mehrheit der RPK den FAP zustimmend zur Kenntnis nehmen, auch wenn nicht alle gleich beurteilen, wie positiv oder negativ die Aussichten sind.

Susanne Brunner (SVP): *Die SVP verlangt mit dem Budget 2020 grösseres Mass zu halten, weniger neue Stellen in der Verwaltung zu schaffen und auch weniger Neuverschuldung. All das würde sich langfristig positiv auf die Zahlen auswirken. Eine schwarze Null im Budget 2020 ist für die SVP nicht genügend. Ich möchte den Stadtrat daran erinnern, dass jede Staatsausgabe auf dem Verzicht der Bevölkerung beruht. Weil die SVP im Budget 2020 nicht erkennen kann, dass der Stadtrat nach dieser Leitlinie lebt, wird die SVP-Fraktion das Budget 2020 ablehnen. Der Finanzplan sieht eine stark steigende Verschuldung von 5,1 Milliarden Franken im Jahr 2018 auf 8,4 Milliarden Franken im Jahr 2023 vor. Bereits ab dem Jahr 2021 plant der Stadtrat mit Defiziten: ansteigend von 41 Millionen im Jahr 2021 bis auf 132 Millionen Franken im Jahr 2023. Das starke Stellenwachstum in der Verwaltung schlägt sich in den Planjahren durch. Wir sehen, dass die Stadtverwaltung durch das sprunghafte Stellenwachstum zu einem gefräßigen Monster wird, das jedes Jahr Rekordsteuereinnahmen vollständig auffrisst. Natürlich wird sich die Steuerreform auf das Steueraufkommen der juristischen Personen auswirken. Aber das Ausmass kennt auch der Stadtrat heute noch nicht vollständig. Die roten Planzahlen haben darum in den Augen der SVP nur eine Funktion: Sie sollen rechtfertigen, warum der Steuerfuss heute nicht gesenkt werden kann. Das systematische Rotfärben der Planzahlen ist für die SVP nicht akzeptabel. Die SVP-Fraktion nimmt den Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023 darum ablehnend zur Kenntnis.*

Eintreten ist unbestritten

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): *Es gibt noch einige nicht genannte Punkte, die schwarz auf weiss vor uns liegen. Ein Punkt ist die Entwicklung, die vom Stadtrat selbst bewertet wird. So fällt der Selbstfinanzierungsgrad von 55,4 auf 54,1 Prozent und in den nächsten Jahren auf 48, 35 und 42 Prozent. Gemäss dem Stadtrat ist ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent ideal, 80 bis 100 Prozent wären gut bis vertretbar, 50 bis 80 Prozent sind problematisch und unter 50 Prozent ist ungenügend. Der Stadtrat prognostiziert für die nächsten drei Jahre einen Selbstfinanzierungsgrad von 48, 35 und 42 Prozent – entsprechend der eigenen Aussage ist das ungenügend. Das gilt auch für den Nettoverschuldungsquotienten: Dort steigen wir von heute 167 auf 188 Prozent und wir sehen bereits, dass es im nächsten Jahr über 200 Prozent sein werden, in drei Jahren sogar 263 Prozent. Auch hier gibt der Stadtrat ein Prädikat: Ein Wert von über 150 Prozent ist schlecht, 100 bis 150 Prozent ist genügend und unter 100 Prozent ist gut. Mit den 188 Prozent sind wir bereits nicht mehr genügend. Über 200 Prozent müssen dann eigentlich als ganz schlecht bezeichnet werden. Der Stadtrat hält also schwarz auf*

weiss fest, wie er die Zukunft sieht. Das Budget sieht zwar für das nächste Jahr ein minimales Plus vor; es ist jedoch wichtig, dass nicht nur die Kurzfristigkeit des nächsten Jahres berücksichtigt wird, sondern auch die kommenden Jahre. In der Vergangenheit wurde zwar negativer skizziert, als es dann tatsächlich eintrat. Aber nun ist die Prognose derart negativ, dass die Zahlen auch mit einer wesentlichen Verbesserung immer noch negativ sein werden. Darum ist es wichtig, dass wir die entsprechenden Kürzungen bei den Stellen vornehmen, wenn wir die langfristige Perspektive sehen. Interessant ist, dass bei der Erklärung der SP-Fraktion der Wintermantel erwähnt wurde. Stolz wird zweimal dargestellt, dass die Wintermantelzulagen erhöht wurden. Wenn wir zurückschauen, wie für den Erhalt oder die Wiedereinführung der Wintermantelzulage gesprochen wurde, erinnere ich mich, wie der SP-Fraktionspräsident damals empört von einer «grün-brauen Allianz» bezüglich der Wiedereinführung der Wintermantelzulage sprach. Er hat sich schliesslich für den Ausdruck entschuldigt, das war vor knapp zwanzig Jahren. Die SP-Fraktion war vor zwanzig Jahren gegen die Wiedereinführung der Wintermantelzulage und spielt sich jetzt als Retterin dieser Zulage auf.

Stefan Urech (SVP): *Nachdem der Stadtrat zweimal von uns gescholten wurde, will ich ihn einmal in den Schutz nehmen vor den Kolleginnen und Kollegen der GLP. Ihre Fraktionserklärung geht zu weit. Während des ganzen Jahres war sie an vorderster Front dabei, wenn es um die Überweisung von Motionen und Vorstössen ging, die neue Stellen forderten. In der Fraktionserklärung wird der Stadtrat aber kritisiert, weil er neue Stellen fordert. Das grenzt an Mobbing. Das ist in etwa so, wie wenn man einem Angestellten während des ganzen Jahres immer mehr Aufträge erteilt und ihm am Ende des Jahres vorwirft, dass er zu viele Überstunden hat. Aus dem Jahr 2019 habe ich zwei der vielen Beispiele herausgesucht. Die GLP hält fest, dass sie Stellenwachstum in der Bildung und im Bereich Gesundheit verstehe. Aber an allen anderen Orten würde es diesen nicht brauchen. In diesem Jahr haben sie den Stadtrat beauftragt ein Kompetenzzentrum für Vertikalbegrünung zu schaffen – nicht eine Anlaufperson, sondern ein Kompetenzzentrum, also mehrere Personen, die dafür arbeiten sollen. Auch für die Smart-City-Strategie müssen viele Stellen geschaffen werden. Es gibt viele weitere Beispiele von Motionen und Postulaten, die von der GLP in diesem Jahr überwiesen wurden, die zum Stellenwachstum beitragen. Das zeigt die Zerrissenheit in ihrer Finanzpolitik.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Resultat des Budgets ist keine Überraschung. Es ist Ausdruck des Durchregierens im Parlament und des Stadtrats. Wenn die SP das als gelungen bezeichnet, ist das nichts anderes als Öffentlichkeitsarbeit für den Stadtrat. Die Rating-Studie konnte ich nicht überprüfen. Ich frage mich jedoch, wie eine solche Studie aussieht, wenn sie für gute Steuergelder in Auftrag gegeben wird. Man muss sich fragen, ob sie neutral ist, ob es sich um Rechtfertigung handelt, wie das Resultat aussehen würde, wenn eine andere Agentur ein Rating ohne den Auftrag der Stadt erarbeitet. Dass das Hochbaudepartement noch keinen Auftrag erteilte, auf einem der Hügel eine Akropolis zu bauen, erstaunt mich. Denn wenn der Finanzplan und das Budget angeschaut werden und das langfristige Potential berücksichtigt wird, dann gehen wir griechischen Verhältnissen entgegen. Es besteht die Gefahr, einen Schuldenberg anzuhäufen. Die zukünftigen Jahre werden tiefrot. Die gegenwärtige Ruhe vor dem Sturm ist trügerisch.*

risch. Die Schulden werden schnell gemacht sein, ihr Abbau hingegen wird sehr schwierig sein. Die Zinsen sind momentan dank den Negativzinsen und dank der Euro-Rettung tief. Auch das kann sich ändern: Wenn eine Zinswende eintritt, sieht es schlecht für unsere Stadt aus. Dann wird Zürich ein neues Wappentier brauchen: Anstelle des Löwen tritt der Pleitegeier. Sie kreisen jetzt bereits über unseren Köpfen, wenn eine langfristige Perspektive eingenommen wird. Es wird stets wiederholt, dass Steuersenkungen bei einer solchen Rechnung nicht gehen würden. Steuersenkungen würden jedoch Mittel freigeben, die wiederum in die Nachfrage fließen würden. Das stärkt die Wirtschaft und das Gewerbe. Schulden könnten beispielsweise mit dem Ertrag aus Ordnungsbussen abgebaut werden. Dieser Ertrag wird als ordentlicher Betrag im Budget aufgeführt, mit dem Ausgaben finanziert werden. Tatsächlich handelt es sich um ausserordentliche Erträge, die eigentlich nicht zur Finanzierung von Ausgaben verwendet werden dürften. Wenn sie tatsächlich anfallen, obwohl sie nicht sollten, dann müssen sie gebunden für die Schuldentilgung verwendet werden. Dann wäre es auch weniger interessant, mit Ordnungsbussen Staatsfinanzierung zu betreiben. Ich sehe keinen Willen, hier etwas zu verbessern und zu verändern. Darum ist klar, dass wir ein solches Budget, das vordergründig schwarz aussieht, ablehnen müssen.

Renate Fischer (SP): *Die FDP machte sich auf die Suche nach dem überproportionalen Wachstum der Stadtverwaltung. STR Daniel Leupi fand das überproportionale Wachstum auch nicht, wenn er die letzten acht Jahre berücksichtigte. Betrachtet man das nächste Jahr in der eigentlichen Stadtverwaltung – beispielsweise bei den Betriebsämtern, beim Bevölkerungsamt, in der Zentralen Verwaltung des Hochbaudepartements (HBD) und des Schul- und Sportdepartements (SSD) – gibt es weniger Stellen als in diesem Jahr. Es gibt jedoch auch Stellen für Aufgaben, die nicht nur der Stadtbevölkerung zur Verfügung stehen. Diese Stellen sind nicht steuerfinanziert: Im Departement der Industriellen Betriebe arbeiten etwa 3900 Menschen. Die Verkehrsbetriebe (VBZ) transportierten im letzten Jahr 324,7 Millionen Passagiere. Das sind nicht nur Menschen, die in Zürich leben. Bei den Spitälern arbeiten etwa 3000 Menschen. Stellen werden bei der IT-Sicherheit aufgebaut, was niemand in Frage stellt. Ein anderer Ort ist das SSD, in dem über 80 Stellen aufgebaut werden. Das wird auch nicht bestritten. Vor allem sind es Stellen für die Kinderbetreuung und für das Sportamt. Lehrerinnen und Lehrer sind übrigens Angestellte des Kantons, ihre Stellen figurieren darum nicht in unserer Rechnung. Für den Konsulatsschutz erteilte uns der Bund einen neuen Auftrag; das sind zehn zusätzliche Stellen. Das alles trägt zum Stellenwachstum bei. So dramatisch, wie das teilweise geschildert wurde, sieht es ein Teil der RPK nicht. Digitalisierung bedeutet nicht, dass lediglich ein PDF-Dokument online gestellt wird. Digitalisierung bedeutet, dass Arbeitsprozesse analysiert und möglichst ohne Medienbrüche umgesetzt werden. Es gibt einen Antrag, die Stelle «Business Analystin/Analyst» zu streichen. Das sind jedoch genau die, die das machen sollten. Es gab bereits einige Diskussionen mit dem Datenschützer, weil Digitalisierung auch heisst, dass Datenschutzfragen aufkommen, die abgeklärt werden müssen. Für all das braucht es Stellen. Im Bericht des Stadtrats ist ersichtlich, dass nicht alle Stellen bewilligt wurden, die die Verwaltung beantragte.*

Markus Kunz (Grüne): Über die Bedeutung, Relevanz und Aussagekraft des FAP wurde bereits in den letzten Jahren diskutiert. Klarer und besser wurde er jedoch nicht. Es geht mir weniger um die Zahlen, die im FAP stehen oder nicht stehen, sondern darum, was das Instrument leistet oder nicht leistet. Walter Angst (AL) vertrat in der letztjährigen Debatte die Haltung, der FAP sei kein Aufgabenplan und kein Legislaturprogramm, sondern ein Finanzplan. Dieser Meinung bin ich nicht. Erstens bestehen diese Legislaturziele zwar, im FAP sind sie jedoch nur ungenügend abgebildet. Zweitens beinhaltet der FAP auch das «A» – früher stand es sogar am Anfang. Das war eigentlich logischer, denn erst werden die Aufgaben bestimmt, die eine Stadt zu leisten hat, darauf erst die zugehörigen Ressourcen. Das ist vorab aus politischen Gründen wichtig, weil das Parlament zu allfälligen Legislaturzielen nichts zu sagen hat. Wir werden auch auf der strategischen Ebene kurzgehalten. Die Strategie des Stadtrats können wir lediglich zur Kenntnis nehmen. Zum FAP können wir uns einmal pro Jahr vernehmen lassen. Politisch ist das mindestens interessant. Während des Rests des Jahres giessen wir unsere politischen Agenden in Vorstösse um, die die Stadt und ihre Entwicklung verändern sollten. Wir bringen uns auf diese Weise strategisch ein. Die Resultate davon sehen wir im Budget. Der FAP ist zu wenig strategisch und bei weitem nicht operativ. Seine Stellung ist ziemlich unklar. Ein mittelfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument ist er nicht; dafür ist er zu summarisch und oberflächlich. Die Genauigkeit hat keine Planungstiefe und ist je nach Departement sehr unterschiedlich. Man vermisst eine einheitliche Darstellung und eine einheitliche Tiefenschärfe. Der Stellenplan ist auf die Zehntelstelle genau. Bei den Aufgaben und bei den Finanzen ist das nicht der Fall. Bereits die Abbildung von beschlossenen Objektkrediten, also gebundene Ausgaben, wäre ebenso einfach wie unumgänglich. Ein Beispiel ist die Fernwärme, die wir mit 258 Millionen Franken für den Zeithorizont bis zum Jahr 2026 beschlossen haben. Eine entsprechende Position fand ich nicht im FAP. Was in den FAP aufgenommen wird und was nicht, bleibt intransparent. Verschiedene grosse Aufgaben, etwa der Kampf gegen den Klimawandel, müssten detaillierter angegeben und ausgewiesen werden. Ich glaube nicht, dass solche Zahlen nicht bei der Verwaltung vorliegen. Umgekehrt lesen wir spannende Details wie den Ersatz von Hellraumprojektoren durch Multimediarollis. Zudem sind die Zusammenhänge zwischen Investitionen und Personalaufwand nicht klar. 10 Millionen Franken Investitionen, lernte ich, bedeuten 100 Personen im Jahr. Aber wo und mit welchem Personal was geleistet wird, wird nicht konkretisiert. Auch der Detaillierungsgrad der Stellenwerte unterscheidet sich von Departement zu Departement. Der vorliegende FAP zeigt immerhin auf, dass der Stadt schwierige Jahre mit hochdefizitären Jahresergebnissen bevorstehen. Der Vorschlag der bürgerlichen Seite, Steuern zu senken, ist wenig weitsichtig; dem können wir nicht folgen. Für uns Grüne ist und bleibt der FAP ein wichtiges Instrument. Darum wünschen wir uns einen besseren FAP im nächsten Jahr.

Derek Richter (SVP): In einigen vorhergehenden Budgetberatungen kritisierte ich STR Daniel Leupi: Er würde seinen Finanz- und Aufgabenplan unter dem Credo «Wir schaffen das» ausarbeiten. Er hat nichts daraus gelernt. Wir sehen, wie die Kurve eindeutig nach unten führt. Das wurde auch von der Ratingagentur Standard & Poor's festgestellt. Roger Bartholdi (SVP) stellte diese Zahlen richtig dar und wies auf Tendenzen hin. Wenn gesehen wird, dass man sich auf einem Kollisionskurs mit einem Eisberg befindet

und man das Steuer nicht herumreisst, ist das grobfahrlässig, wenn nicht sogar vorsätzlich. Wenn man Standard & Poor online übersetzt, heisst das «Standard und schlecht». Das trifft die Finanzpolitik unseres Stadtrats. «Fahr so, wie wenn dein Grosi dabei wäre.» Das ist der Slogan einer aktuellen Kampagne der Dienstabteilung Verkehr (DAV). Wer in den Genuss einer Erziehung durch die Grossmutter kam, lernte folgendes Sprichwort: «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.» STR Daniel Leupi wäre gut beraten, wenn er einen Tag in der DAV arbeiten würde. Meine Vorrednerin wies auf das Mantra der Digitalisierung hin. Es ist unglaublich, wie dieser im Prinzip positive Begriff missbraucht wird. Er wird in der Privatwirtschaft beispielsweise für die Automatisierung, für die Streichung von Stellen oder für das Erreichen des Wachstums ohne zusätzliche Stellen gebraucht. Von unseren Kollegen im Gemeinderat Winterthur wurde der Begriff Wasserkopf verwendet, was stark kritisiert wurde. Ich werde diesen Begriff nicht gebrauchen. Aber Digitalisierung heisst bei unserer Verwaltung, dass ein Projekt zur Digitalisierung aufgestellt wird. Es werden Stellen geschaffen und dann werden Projekte ausgearbeitet, die noch mehr Stellen fordern. Die Katze beisst sich in den Schwanz. Wenn wir damit nicht aufhören und wenn wir nicht endlich die Quote, den gemeinen Kostenfaktor, auf ein vernünftiges Mass und die kurz- und langfristige Verschuldung auf ein erträgliches Mass reduzieren, wird uns das eines Tages um die Ohren fliegen.

Dorothea Frei (SP): Es ist ein gutes Budget, das sowohl sozial als auch wirtschaftlich ausgewogen ist und viele Bereiche abdeckt. Ich möchte die Voten von Roger Bartholdi (SVP) und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) aufnehmen und in der Geschichte zurückgehen. Vor dreissig Jahren verloren die Bürgerlichen die Mehrheit in der Stadt; damals lag der Steuerfuss auch bei 119 oder 120 Prozent. Der Bilanzfehlbetrag lag bei 1,2 Milliarden Franken, Schulden hatten wir so viele wie selten zuvor. Die Infrastruktur war derart desolat, dass in Schulhäusern beispielsweise Fenster angeschraubt werden mussten, da die Angst bestand, dass die Schüler erschlagen werden könnten, wenn sie diese öffnen. Die griechischen Verhältnisse sind weit entfernt. Die Infrastruktur wurde ausgebaut und repariert und sie kann von vielen Bewohnenden genutzt werden. In den letzten fünf Jahren wurde über eine Milliarde Franken Schulden zurückbezahlt, obwohl wir stets tief-schwarze Zahlen auswiesen. STR Daniel Leupi sagte, dass wir die Stellenprozen-te der RPK-Sekretärin nicht erhöhen. Doch, das machten wir; wir erhöhten sie ohne Diskussion. Wir erhöhten relativ moderat, weil wir digitalisierten. Es gibt ein RPK-Tool, das uns massiv in unserer Arbeit unterstützt. Der FAP ist zweifelsohne ein Instrument des Stadtrats. Ich stimme jedoch mit Markus Kunz (Grüne) überein: Es wäre sehr hilfreich für die Diskussion und auch für unsere längerfristigen Überlegungen, wenn mehr Transparenz besteht. Ein positives Beispiel ist das GUD, das in den einzelnen Dienstabteilungen festhielt, was sie vorhaben. Insgesamt bin ich mit dem FAP zufrieden. Die Investitionen verbleiben auf einem hohen Niveau. Investitionen bedeuten Arbeit und Verdienst; auch für das Gewerbe. Es sind auch Investitionen für Wohnsiedlungen und Gewerberäume geplant.

Samuel Balsiger (SVP): Es ist eine Schweizer Eigenart, dass wir bei politischen Entscheidungen sehr zurückhaltend sind und dass bei uns alles ein wenig langsamer läuft. Gleichzeitig betreiben wir seit Jahrzehnten eine zukunftsgerichtete, nachhaltige Politik. Nachhaltigkeit ist ein Grundprinzip der Schweizer Politik. Die Stadt Zürich versucht beim

Klima, wo sie keinen nennenswerten Einfluss hat, nachhaltig zu sein. Ob die prophezeite Katastrophe eintreffen wird, ist nicht sicher. Der Fokus wird auf etwas gerichtet, obwohl man nicht weiss, was geschieht und obwohl man keinen Einfluss darauf hat. Dort, wo die Stadt einen Einfluss hätte, zeigt sie kein Interesse. Der Boden, der heute überbaut wird, ist verbaut. Die Grünflächen, die verschwinden werden, sind weg. Kommende Generationen, die gerne ein Projekt planen wollen, die gerne etwas Neues erbauen wollen, werden über keinen Platz mehr verfügen. Wir leben in der Bodenpolitik auf Kosten der nachkommenden Generationen. Walter Angst (AL) selbst sprach vom Kampf um den Boden. Er verwendete militärische Formulierungen, die wir von der SVP nicht verwenden können, da uns sonst seltsame Vorwürfe gemacht werden. Der Kampf um den Boden findet bereits jetzt statt. Was wird geschehen, wenn 100 000 zusätzliche Menschen in die Stadt ziehen werden? Was wird geschehen, wenn die Zinsen steigen? Die nachkommenden Generationen werden auch in der Finanzpolitik über keine eigenen Kompetenzen verfügen. Sie werden nicht mehr selbst entscheiden können, was sie mit dem Kapital, das sie erwirtschaften, tun können, weil sie das Geld für vorher angehäufte Schulden aufwenden müssen. Anstatt sich in einen religiösen Wahn zu begeben und Dinge kontrollieren zu wollen, auf die kein Einfluss ausgeübt werden kann und statt den gesamten Boden zu überbauen, sollte sozial gedacht werden. Das Kapital sollte nicht bereits heute aufgebraucht werden, damit auch die nachkommenden Generationen etwas damit tun können.

Raphaël Tschanz (FDP): *Als mir Herr Pons verkündete, dass Standard & Poor's der Stadt Zürich das Rating AA+ erteilte, gratulierte ich ihm freudig. Nach den Aussagen des Stadtrats und von STR Daniel Leupi muss man sich jedoch fragen, warum es nicht ein AAA-Rating ist. Wenn die Stadt so gut aufgestellt ist, wie uns weisgemacht wird, müsste sie eigentlich mit AAAA bewertet werden. Einer der Gründe ist die Verschuldungsthematik. Mir geht es darum, dass in die Zukunft geschaut wird. Wenn wir über den FAP sprechen, schauen wir in die Zukunft. Dass es der Stadt heute gut geht, bedeutet nicht automatisch, dass es der Stadt auch morgen gut gehen wird. Wir müssten uns heute vielmehr darüber unterhalten, was wir tun können, damit es der Stadt auch in zehn Jahren gut geht. Dazu hörte ich nicht viel vom Stadtrat. Oft wird darüber gesprochen, dass Zürich ein hervorragender Standort ist. Wenn jedoch die Zahlen, Resultate und Berichte der Greater Zurich Area betrachtet werden, erkennt man, dass die Firmen, die angesiedelt werden, direkt nach Zug gehen: Sie kommen nicht mehr nach Zürich. Zürich ist schon lange nicht mehr der «Place to be» für Unternehmen. Google wird stets erwähnt. Es ist heute jedoch nicht mehr so, dass Unternehmen nach Zürich kommen; wenschon gehen sie nach Zug oder in den Kanton Waadt. STR Daniel Leupi warf der RPK gewissermassen vor, dass sie der Verwaltung mit ihren Anfragen viel Aufwand beschert; etwa damit, dass der FAP tabellarisch die wichtigsten Kennzahlen darstellen sollte. Ich bin froh, dass STR Daniel Leupi mir sagte, er begrüsse es ebenfalls, wenn Zahlen tabellarisch und nicht prosaisch dargestellt werden. Ich kann nicht nachvollziehen, wie ohne eine Tabelle mit Zahlen – mit einer Zeitreihe, in der man sieht, wo die Zahlen hinführen – langfristig geplant werden soll. Der Wunsch der RPK, dass diese Zahlen im FAP gebündelt und tabellarisch aufgeführt werden, ist nicht übertrieben. Die Stelle der Sekretärin erhöhten wir; Relationen müssen wir jedoch wahren. Die RPK operiert mit 11 Vollzeitstellen, die freiwillig und ehrenamtlich sind, und mit einer halben Vollzeitstelle für*

eine Sekretärin. Gegenüber stehen uns 22 000 Vollzeitstellen der Verwaltung. Wenn wir etwas bestellen, tun wir dies, weil wir darauf angewiesen sind. Wenn Investitionen in Millionenhöhe für Software- und Hardwareprojekte getätigt werden, während uns nicht beantwortet werden kann, wie diese Kosten wieder hereingeholt werden können, was das für die Wirtschaftlichkeit bewirkt, wie die Kosten amortisiert werden und was der Nutzen beispielsweise für die Bevölkerung ist, dann wurde die Aufgabe nicht erfüllt. Es ist unser Wunsch, dass nicht nur die als sinnvoll erachteten Kosten vorgestellt werden, sondern dass auch begründet wird, warum die Kosten eingestellt und warum die Stellen geschaffen werden. Wenn beispielsweise in der Planstellenschaffungstabelle zehn Stellen beim Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) geschaffen werden, wird das mit der Klimastrategie 2020 begründet. Das ist keine Grundlage für einen Entscheid darüber, ob das Sinn macht oder nicht. Die Begründung ist zu kurz gefasst. Wir brauchen mehr Informationen und damit die notwendigen Entscheidungsgrundlagen. Sie sollten nicht erst folgen, wenn wir eine Frage stellen.

Shaibal Roy (GLP): Wir brauchen im FAP mehr Tiefe und Granularität. Wird uns der FAP als Instrument zur Beurteilung der mittel- und langfristigen Perspektive der Stadt vorgelegt, werden sich hoffentlich auch die einzelnen Rückfragen reduzieren. Der Aufwand in der Verwaltung wird sich reduzieren, weil wir bereits über das Instrument verfügen. Es wird einmal abgefragt und diese Fragen können dann eingespart werden. Das schliesst nicht aus, dass es Rückfragen geben wird; sie sind Teil unserer Arbeit. Wir erhöhten das RPK-Sekretariat; mit Doris Fischer haben wir eine äusserst effiziente Sekretärin. Die Aufgabe, die wir als RPK meistern, ist grösstenteils nur dank des hervorragenden Sekretariats möglich. Das ist nur darum notwendig, weil wir nicht die Informationen erhalten, die wir brauchen. Ein Beispiel: Wir forderten im Stellenplan mehrfach mehr Granularität bei der Planstellenschaffung. Der Stadtrat verweigerte sich dem. Wir mussten selbst ein Monitoring aufbauen, mit dem wir bei jedem Tertialbericht erst feststellen mussten, wie viele Stellen tatsächlich geschaffen wurden und wie viele von den Stellen, die der Gemeinderat eigentlich geldwertmässig strich, entsprechend stellenwertmässig nachvollzogen wurden. Für eine sinnvolle Beurteilung muss das die RPK erst in mühseliger Eigen- oder Sekretariatsarbeit erarbeiten. Das Planungsinstrument muss granularer, greifbarer und auch mit mehr Aussagen gestaltet werden. Die Aussagen sollten nicht nur auf Kennzahlenbasis erfolgen. Wer an Zahlen Freude hat, kann mit den Kennzahlen etwas anfangen. Alle anderen haben sich heute mit einem FAP zu beschäftigen, in dem teilweise Prosatexte zu finden sind, wo etwas Anderes hilfreicher wäre. Teilweise werden innerhalb der Departemente die wesentlichen Informationen aufgeführt; teilweise ist nicht nachvollziehbar, warum die Entwicklung so dargestellt wird, wie sie heute im FAP ausgewiesen wird. Es liegt im Interesse von allen, dass wir von dem, was wir heute tun, wegkommen. Einzelanträge auf Konti entsprechen nicht der Flughöhe, auf der wir uns befinden sollten. Wir sind nicht die Exekutive, die ausführenden Departemente oder operativ tätig. Auch sollten wir uns nicht auf der operativen Ebene bewegen. Wir sollten uns auf der strategischen Ebene bewegen und Steuerungselemente in die Hand nehmen können, die wir langfristig steuern können. Dann können wir uns darüber unterhalten, wie der Steuerfuss langfristig aussehen sollte. Heute versuchen wir mit Biegen und Brechen etwas aus dem aktuellen Budget herauszuholen, das schliesslich rechtfertigen sollte, dass beispielsweise für drei oder sechs Prozent als Steuersenkung

argumentiert werden kann. Das ist nicht nachhaltig. Für die Stadt, die Bevölkerung und die juristischen Personen ist es wichtig, dass es eine langfristige Planung geben kann und dass man sich darauf verlassen kann, dass das Parlament und der Stadtrat eine langfristige Planung ermöglichen. Dafür brauchen wir ein gutes Instrument. Das heutige, so wie es im FAP zu finden ist, reicht nicht aus.

Michael Schmid (FDP): Da wir noch in der Enthaltung sind, begründe ich, warum wir den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme des FAP unterstützen. Ich bin erstaunt, dass die Voten der GLP und des Fraktionspräsidenten der Grünen die ablehnende Kenntnisnahme nicht unterstützen. Formal wurde Kritik in Bezug auf die Granularität geübt, was wir unterstützen. Wenn argumentiert wird, dass es einen Mehraufwand bedeuten würde, wenn die Zahlen detaillierter ausgewiesen werden müssen, dann kann dem nur widersprochen werden. Die Zahlen befinden sich bereits in der Stadtverwaltung. Es ist die Frage, was dem Gemeinderat zugänglich gemacht werden sollte. Mit dem FAP liegt ein Planungsinstrument vor, das keine taugliche Grundlage für die Beratung ist. Das kam in verschiedenen Voten zum Ausdruck. Neben der Form wird der Inhalt kritisiert. Jahr für Jahr wird das Ergebnis schlechter, die Verschuldung höher. Ich ging stets davon aus, dass der FAP ein Instrument ist, mit dem drei Jahre über die kommende Budgetperiode hinaus nach vorne geschaut werden kann. Dorothea Frei (SP) schaute drei Jahrzehnte nach hinten und zog daraus die falschen Lehren. Zürich geht es heute wegen des wirtschaftlichen Erfolgs so gut. Es sind die sehr hohen Steuererträge der natürlichen und juristischen Personen und insbesondere die Grundstückgewinnsteuern, die den Erfolg ermöglichen. Leider ist es die linke Ratsseite, die Woche für Woche und auch mit dieser Budgetberatung die Axt an den Baum dieses Erfolgs ansetzt. Wirtschaftliche und finanzpolitische Erfolge werden bezüglich des Ertrags zunichte gemacht.

Walter Angst (AL): Wir wissen, dass der Kanton ein Gemeindegesetz verabschiedete, das uns verpflichtet, Jahr für Jahr die Detailpositionen zu beschliessen. Es gibt uns jedoch keine Kompetenz für die Mitsprache. Wir können darüber sprechen und können gemeinsam behandeln – mehr jedoch nicht. Wir diskutierten das aus und wir kennen die Rahmenbedingungen. Im Ernstfall kann sich auch der Stadtrat nicht darüber hinwegsetzen. Er setzt den FAP fest, wir nehmen ihn zur Kenntnis. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir zum Kanton. Wir nehmen den FAP nicht ablehnend zur Kenntnis, da es sich um eine Sammlung der Eingaben handelt. Er führt dazu, dass in jedem Dezember von einer Katastrophe gesprochen werden kann und dass wir uns vor einem Untergang befinden. Das wäre aus den Zahlen ersichtlich. Dabei wird nicht erkannt, dass sich die Zahlen verbessern. Seit der Ära Martin Vollenwyder geht es kontinuierlich nach oben und wir haben immer tiefere Defizite bei der Sammlung der Wünsche der Departemente. Ich zweifle darum daran, dass der Gemeinderat die strategischen Höhen erklimmt, um die Fragen seriös zu diskutieren.

Florian Utz (SP): Bezüglich des FAP schliesse ich mich dem Votum von Walter Angst (AL) an. Eine leicht bessere Granularität ist jedoch auch von unserer Seite gewünscht. Wir gehen davon aus, dass dies ohne grossen Aufwand machbar ist; die entsprechenden Zahlen sind bereits vorhanden, das Zusammenstellen ist sinnvoll. Susanne Brunner (SVP) bezeichnete die Verwaltung als Monster. Dem muss ich entgegnen, dass meine

persönliche Wahrnehmung und die der Bevölkerung, mit der ich spreche, anders ist. Von der Bevölkerung wird gewünscht, dass mehr gemacht wird; dass beispielsweise Liegenschaften Stadt Zürich mehr bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stellt, dass das Tiefbauamt sichere Velorouten rascher erstellt. Niemand fordert, dass Schulen oder Spitäler geschlossen werden. Die Verwaltung wird von der Bevölkerung nicht als Monster wahrgenommen. Auch die Stadtpolizei wird nicht als Monster wahrgenommen. Ich glaube, dass es eine gewisse Differenz zwischen der Wahrnehmung der SVP und der Bevölkerung gibt. Innerhalb der SVP gibt es auch eine Differenz der Wahrnehmung darüber, ob STR Daniel Leupi die Zahlen rot färbt, um eine Steuersenkung zu verhindern oder ob die Zahlen zu gut dargestellt werden und der Pleitegeier bereits über Zürich kreist. Es ist die Aufgabe der Opposition, den Stadtrat zu kritisieren. Sie sollte sich jedoch darauf einigen, was der Vorwurf an den Stadtrat ist. Ein weiterer Vorwurf ist, dass der Stadtrat die Auswirkungen nicht benennen kann. Wenn neue Instrumente eingeführt werden, können die Auswirkungen nicht vorausgesagt werden. Bei der zinsbereinigten Gewinnsteuer kann nicht vorausgesagt werden, wie hoch die Steuerausfälle sein werden. Der Stadtrat kann nicht mehr machen, als nach bestem Wissen und Gewissen eine Schätzung zu erstellen. Die Schätzung kann falsch sein; die Frage ist, welche Schlüsse daraus gezogen werden. Unser Schluss ist, dass wir das Resultat nicht genau vorausagen können, weshalb wir nicht mit dem Steuersatz spielen wollen. Bezüglich der Wintermantelzulage will ich daran erinnern, dass die SVP den gemeinsamen Budgetantrag der «Koalition der Vernunft», einen rot-blauen Antrag, ablehnte.

Markus Kunz (Grüne): *Es ist mir bekannt, was uns das Gemeindegesetz als Rahmenbedingung vorgibt. Das interessiert mich wenig. Es muss möglich sein, dass jede Kommune eine saubere Aufgabenplanung über die nächsten Jahre vornimmt: Was ansteht, was erledigt werden muss und was bereits beauftragt wurde. Dann muss der Mittelbedarf eruiert und der Bezug zu den Einnahmen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass bei den Fraktionserklärungen eine einzige Partei von Bund und Kanton sprach – wir Grünen. Für die anderen Parteien scheint Zürich eine Insel der Seligen zu sein, die in ihrem Handlungsspielraum vollständig frei ist. Die Rahmenbedingungen des Kantons und des Bundes wirken jedoch auch. Ein FAP kann dies alles nicht genau abbilden. Wir können kommentieren und danach mit gewisser Politik mitsteuern. Unabhängig davon, ob wir mit dem Kurs einverstanden sind, handelt es sich um ein hochpolitisches Instrument. Es interessiert mich nicht, ob uns das Gemeindegesetz, das von einer bürgerlichen Mehrheit eingeführt wurde, verbietet, darüber zu sprechen. Wer der Meinung ist, dass ich gegen ein Gesetz verstosse, kann mich anzeigen. Eine ablehnende Kenntnisnahme kann beantragt werden. Ich halte es jedoch generell für hilflos, ablehnend von einem Bericht Kenntnis zu nehmen; ich kann meinen Willen auch kundtun, wenn ich den Bericht zur Kenntnis nehme.*

Roger Bartholdi (SVP): *Shaibal Roy (GLP) sprach einen wichtigen Punkt an, der aus meiner Sicht allerdings falsch ist. Er müsste konsequent sein, wenn er sagt, dass keine Detailanträge eingereicht werden sollen. Doch genau das ist unser Auftrag. Wir sind für das Budget verantwortlich. Wir 125 Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind für jedes Konto zuständig, ob es sich um einen Antrag des Stadtrats handelt, ob dieser reduziert oder erhöht wird. Beim Kantonsrat gibt es die Formulierung «Budgethoheit hat das*

Parlament». Wenn von Steuerungsgrössen gesprochen wird, muss ein Globalbudget gefordert werden. Solange wir das REMO-Budget haben, müssen wir uns an die Spielregeln halten. Wir waren stets für den Erhalt der Wintermantelzulage und lehnten den Ausbau ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Mit einer gewissen Irritierung nahm ich den Vorwurf zur Kenntnis, dass bezüglich des Budgets und des FAP die Lage schlechter sei, als wir das darstellten – und gleichzeitig hätten wir geschönt. Bezüglich der RPK wollte ich nicht aussagen, dass die Stelle der Sekretärin nicht erhöht wurde; ich wollte darauf aufmerksam machen, dass in der RPK auch mehr Arbeit anfällt – trotz der Digitalisierung. Wir werden den FAP gerne detaillierter machen. Bisher wurden vor allem Zahlen verlangt. Das Postulat GR Nr. 2019/525 nehmen wir gerne entgegen. Es handelt sich um eine Umstellung: Bisher hatten wir nicht den Auftrag einer Ummodellung, sondern bekamen Texte und fügten diese ein. Ich habe jedoch Zweifel, dass der Wunsch der GLP in Erfüllung gehen wird und dass weniger Interpretationsspielraum entstehen wird. Mein Vorgänger sagte stets: «I'm still confused, but on a much higher level.» Ich glaube, dass auch die RPK immer noch verwirrt sein wird, jedoch auf einer viel tieferen Ebene. Die Diskussion wird weitergehen, es werden noch mehr Zahlen vorhanden sein und noch mehr Fragen entstehen. Ein Stück weit gehört die Sisyphusarbeit zum Stellenprofil des Finanzvorstehers. Die zitierte Verschuldungsbewertung stammt nicht von uns, sondern vom Kanton. Der Kanton zählt etwa 160 Gemeinden, er bewertet nach einer Durchschnittsgemeinde, die etwa 10 000 Einwohner hat. Die Durchschnittsgemeinde hat keine VBZ, muss nicht in Trams investieren, hat meistens keine Wasserversorgung, kein ewz und keine Spitäler. Die Investitionen für diese Angebote muss sie nicht miteinbeziehen und hat eine andere Pro-Kopf-Verschuldung. Darum ist dieser Wert schwierig. Im letzten Jahr fügten wir unseren Vorbehalt gegenüber diesem Wert ein, was nicht gut ankam. In diesem Jahr liessen wir ihn aus. Den Wert der Zürcher Durchschnittsgemeinde kann nicht direkt für die Stadt Zürich verwendet werden. Als vollintegrierter Konzern befindet sich unsere Pro-Kopf-Verschuldung an einem anderen Ort. Wie alle bezahlten wir für die Auswertung durch Standard & Poor's. Wenn geglaubt wird, dass sie für uns ein Gefälligkeitsgutachten erstellten, kann das nicht ernst genommen werden. Sie hielten fest, dass wir ein moderates Schuldeniveau haben; denn aus allen Betrieben kommen auch Einnahmen und Gebühren. Ein weiteres Ziel ist, dass wir die Schulden in der Konjunkturphase abbauen, ohne dass die Investitionstätigkeit in dieser Phase gefährdet wird.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

16 / 16

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
Enthaltung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
Enthaltung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Dezember 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat